

Editorial – Thema der Woche

Montag, 5. Oktober 2015

Dank einiger aufmerksamer Leser gilt es einen Fehler im Editorial der letzten Woche zu vermelden und zu korrigieren. Flüchtlinge belasten – solange sie sich im Anerkennungsstatus befinden – nicht die GKV und werden damit auch nicht einseitig den GKV-Versicherten aufs Auge gedrückt. Die Finanzierung von Gesundheitsleistungen für Flüchtlinge wird von den Ländern übernommen! Das sollte vielleicht noch einmal klargestellt werden, nachdem das letzte Editorial hier eine einseitige Belastung der GKV-Versicherten konstatiert hatte. Also: Die Steuerzahler sind's (denn irgendjemand muss ja).

Stellt sich natürlich trotzdem die Frage, ob das nicht ein bisschen „rechte Tasche, linke Tasche“ ist, und ob die kritisierte Sogwirkung nicht auch auf diese Weise erhalten bleibt... Außerdem komme Flüchtlinge natürlich irgendwann so oder so in der GKV an. Das Grund-Dilemma bleibt also – auch wenn die Wege dorthin etwas andere sind, als beschrieben.

Allerdings dürfte das mittel- bis langfristig nicht das einzige Finanzierungsproblem sein, das auf die GKV zukommt, und in diesem Zusammenhang fällt leider auf, dass Politik und Verbände immer kleinteiliger über Euro und Cent diskutieren, das „große Ganze“ dabei aber augenscheinlich mehr und mehr aus dem Blick gerät. Denn zu einer nachhaltigen GKV-Finanzierung werden zukünftig auch unangenehme Diskussionen gehören, die die Politik mehr und mehr zu scheuen scheint. Was ist beispielsweise mit einem klugen und sozial abgestaffelten Zuzahlungsmodell für Versorgungsleistungen? Die Praxisgebühr – auch nicht eben der intelligenteste Ansatz – wurde ohne Not von der FDP zur Befriedigung von Wählerinteressen wieder abgeschafft (genützt hat es der allerdings Partei nichts), und wir werden ein Weilchen brauchen, bis wir hier einen neuen Einstieg schaffen.

Aber auch an zahlreichen anderen Stellen liegt die Diskussion um die finanzielle Zukunft der GKV brach, während sich die Verantwortlichen auf allen Seiten im Klein-Klein zäher Kostendämpfungsverhandlungen verhakeln. Die einzigen „Erfolge“ die daraus rekrutieren sind fulminante Aufrüstungsspiralen der hiesigen Selbstverwaltungs-Bürokratie, die sich nicht nur in kontinuierlichen Bau-Aktivitäten im Berlin Stadtbild niederschlagen, sondern die auch als wachsende Gebühren-Belastungen bei allen System-Beteiligten erkennbar werden. Der Systemzuschlag für den Gemeinsamen Bundesausschuss hat sich beispielsweise in den letzten 10 Jahren verdreifacht, wie die Fachzeitschrift „f&w“ in ihrer aktuellen Ausgabe berichtet. Lohnt sich vielleicht die Frage, wie's diesbezüglich um die anderen Partner der gesundheitspolitischen Selbstverwaltung bestellt ist...

Was aber fehlt, ist die Vision wie ein nachhaltiges Finanzierungskonzept in der GKV eigentlich aussehen könnte, bzw. als erster Schritt: wie Nachhaltigkeit in der GKV-Finanzierung eigentlich zu definieren wäre. An solch grundlegenden Fragen, so ist zu befürchten, arbeitet im Moment niemand. Mehr und mehr manifestiert sich stattdessen der Eindruck, dass wir in der GKV-Finanzierung (und nicht nur dort) schon seit einigen Jahren „auf Sicht“ fahren, um nur kurzfristig und entsprechend kleinteilig an dieser oder jener Stelle Korrekturen im Euro- und Cent-Bereich vorzunehmen, in der Hoffnung, dass diese Detail-Einsparungen (um die natürlich jeweils hart gerungen wurde) sich in der Summe sichtbar auswirken mögen.

Grundsätzlich allerdings geht dieser Ansatz in die falsche Richtung: Er fördert die allseitigen Aktivitäten und Aufrüstungstendenzen von Abrechnungstechnokraten und er ernährt ganze Populationen von Optimierungs-Beratern, Juristen und weiteren Funktionären. Wehmütig denkt man an die eine oder andere richtungsweisende Enquete-Kommission zurück. Zur GKV-Finanzierung wär's vielleicht mal wieder so weit. – Wer wagt es, Rittersmann oder Knapp'...? Im Moment sieht's allseits eher schlecht aus.